

Jetzt Widerstand gegen kapitalistische Krise aufbauen

Das ganze kapitalistische System ist in eine gewaltige Krise geraten. Nach Jahren von neoliberaler Propaganda und der selbtherrlichen Behauptung, der Kapitalismus sei „das Ende der Geschichte“, befinden sich die Herrschenden in der größten Legitimationskrise seit dem Nachkriegsaufschwung. Millionen von Menschen stehen vor einem in sich zusammenfallenden Kartenhaus und fragen, wie die Zukunft sich gestalten wird. In dieser Situation hat keine der bürgerlichen Parteien eine Alternative anzubieten. Es besteht die große Chance und Pflicht, jetzt eine starke linke Alternative aufzubauen.

In den letzten Monaten ist das nicht gelungen, wie man an den Umfrage-Ergebnissen für Hessen sieht. Die Frage warum und wie die Weichen neu und richtig gestellt werden können, müssen wir diskutieren. Eine Unterstützung von weit mehr als dem in den letzten Wahlen erzielten Ergebnis ist möglich, wie auch der Aufbau einer mitgliederstarken Partei!

Konsequent Widerstand aufbauen

Nicht nur in Hessen, auch bundesweit, ist die LINKE momentan weit davon entfernt, die Möglichkeiten zu nutzen, die sich angesichts der Krise der Herrschenden für das Bekanntmachen einer grundsätzlichen Alternative zum Kapitalismus bieten. Zwar wurde gegen das Rettungspaket für die maroden Banken gestimmt. Doch wurde keine grundlegende Alternative dazu aufgezeigt. Die Bundestagsfraktion verzichtete sogar darauf, den Bundestag an der schnellen Abstimmung zu hindern (was möglich gewesen wäre).

Es ist notwendig, den Widerstand gegen die Folgen der Krise und gegen die massiven Umverteilungspakete zu organisieren. Innerhalb von Gewerkschaftslinken und sozialen Bewegungen wird die Organisation einer Widerstandskonferenz und einer Großdemo diskutiert. Das muss die Partei jetzt aufgreifen und mit allen Kräften unterstützen. Aufgabe der Partei ist es auch, die politischen Vorschläge und Forderungen in die Bewegung zu tragen. So wie 2003 gegen die Agenda 2010 geht es jetzt darum, wie bundesweit und in Hessen eine starke Bewegung unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise – Geld für Soziales, Bildung und Arbeit“ aufgebaut werden kann.

Verstaatlichung

Beim letzten hessischen Landesparteitag wurde die Verstaatlichung ALLER Banken, unter der demokratischen

Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung gefordert. Eine solche Forderung ist die richtige Antwort. Anstatt Milliarden aus Steuergeldern wieder denselben in die Taschen zu stecken, die sie erneut für Spekulation und kurzfristige Profite aus dem Fenster werfen, wäre es so möglich, die Gelder sinnvoll in Gesundheit, Bildung und Soziales und in die Schaffung von Arbeitsplätzen zu stecken.

Auch für diejenigen Unternehmen, die jetzt drohen, tausende von Beschäftigten auf die Straße zu setzen, ist die Forderung nach Verstaatlichung/Überführung in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung der einzig gangbare Weg (siehe Antragstext zu Opel). Denn zugrunde liegt eine Krise durch Überanhäufung des Kapitals – daher wird es in der nächsten Phase unter kapitalistischen Vorzeichen zu einer Welle von Kapitalvernichtung, also Stilllegung von Produktionsstätten kommen.

Es ist gut, dass diese Schlussfolgerung in einer Erklärung von Ulrike Eifler deutlich wird. Allerdings sollte diese politische Antwort auf die Krise und die Drohung von Werkschließungen in aller Konsequenz verfolgt werden!

Mit der Zustimmung zur Millionenbürgschaft für Opel wurde leider die Illusion genährt, es sei doch möglich, die Arbeitsplätze in Rüsselsheim auf diesem Weg zu sichern. Das ist aber nicht der Fall. Opel wird mit Kürzungsprogrammen die KollegInnen erpressen nach dem Motto „Verzicht sichert Arbeitsplätze“. In wenigen Monaten werden sie dann mit hoher Wahrscheinlichkeit doch schließen. Außer, sie haben den Standard so weit gesenkt, dass es sich eher lohnt, andere Werke zu schließen und Rüsselsheim zu Hungerlöhnen aufrechtzuerhalten.

Auch diejenigen Opel-Beschäftigten, die zur Zeit noch Illusionen in das Rettungspaket haben, werden bald die Erfahrung machen, dass das ganze ein Betrug war. Auch die LINKE wird dann für ihre Zustimmung zur Rechenschaft gezogen. Die LINKE macht sich leider auch mit verantwortlich für Kürzungen, die als Folge des „Ret-

tungspakets“ im Öffentlichen Dienst kommen werden. Als Mitglieder der LINKEN sind wir der Meinung: Das darf nicht wieder passieren! Unsere Partei darf sich nicht in die Sachzwanglogik der kapitalistischen Krisenmanager einbinden lassen, sondern muss für eine grundlegende Alternative eintreten.

Falsche Orientierung auf Regierungsbeteiligung

In der gesamten Phase der Vorbereitung auf die Wahl Ypsilantis hat die hessische Parteiführung immer weniger davon geredet, wie eine Bewegung aufgebaut werden kann, um eine rot-grüne Regierung unter Druck zu setzen. Denn nur so wäre es möglich gewesen, Forderungen nach der Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, nach Beendigung der Tarifabsenkung, nach massiven Investitionen in Bildung und Krankenhäuser, usw. auch einer Regierung unter Ypsilanti abzutrotzen. Nein, stattdessen war die Rede von einem „zu erwartenden“ Politikwechsel durch die Ypsilanti-Regierung, den die LINKE unterstützen will. Damit wurden Illusionen in SPD und Grüne verbunden, die jeder Grundlage entbehren! Daher war eine Zustimmung zu einer Tolerierung falsch. Richtig wäre gewesen, Ypsilanti als Ministerpräsidentin mitzuwählen, damit Koch weg kommt, aber keinerlei Tolerierungszusagen zu machen.

Die LINKE hätte klargemacht: Wir entscheiden jeden Fall einzeln. Ist ein Vorschlag im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Erwerbslosen etc. stimmen wir zu. Für jede arbeitnehmerfeindliche Politik müssen SPD und Grüne die Unterstützung von CDU und FDP mobilisieren. Es wäre möglich gewesen, auf der Grundlage von Massenmobilisierung Anträge einzubringen und so die „rot-grüne“ Minderheitsregierung massiv unter Druck zu setzen. Mit dem Tolerierungsangebot hat die hessische LINKE das erste Mal an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Zeit für Kurswechsel.

Die LINKE muss sich jetzt zuallererst den Widerstand auf die Fahne schreiben! Die Forderung nach politischem Streik und Generalstreik, wie sie noch vor über einem Jahr von Oscar Lafontaine aufgebracht wurde, gehört gerade jetzt wieder in die öffentliche Diskussion. Von diesem Parteitag kann ein positives Signal ausgehen. Wenn die LINKE klar und deutlich ausspricht: Wir haben eine Alternative zum kapitalistischen Krisenmanagement, wir stellen die Forderung von Verstaatlichung als einzige Garantie für die Sicherung von Arbeitsplätzen auf. Wir beginnen, den Widerstand zu organisieren – hier und jetzt. So kann auch die LINKE in Hessen zu einer Kraft werden, die angesichts der großen Legitimationskrise des kapitalistischen Systems an Unterstützung nur gewinnen kann.

Dokumentiert: Initiativ-Anträge

Opel in Gemeineigentum überführen

Die Linke Hessen fordert den Erhalt jedes Arbeitsplatzes und jedes Werkes von Opel.

Wir lehnen es ab, dass die kapitalistische Überproduktionskrise auf die Beschäftigten und die Steuerzahler abgewälzt wird.

Stattdessen fordern wir die Überführung der Opel-Werke in Landeseigentum, die Entlassung der Manager und die demokratische Verwaltung und Kontrolle durch Komitees, die zu je einem Drittel aus demokratisch gewählten VertreterInnen der Belegschaften, der Gewerkschaften und des Landes Hessen bestehen. Die Gewählten unterliegen der Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit.

Statt Kurzarbeit, Arbeitsplatzabbau und der Schließung von Werken könnte die Arbeitszeit sofort auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich reduziert werden. Die Taktzeiten könnten sofort erhöht werden, Erholungs-

pausen eingeführt und die Arbeitsbedingungen humanisiert werden.

Ein solcher Schritt muss der Anfang sein, die gesamte Autoindustrie (einschließlich Zulieferindustrie) zu verstaatlichen mit dem Ziel, den Schwerpunkt auf die Produktion von Fahrzeugen für den öffentlichen Verkehr und andere sinnvolle Güter zu verlagern und dafür einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan zu entwickeln.

Gemeinsamen Widerstand landes- und bundesweit organisieren

DIE LINKE beteiligt sich an der Mobilisierung für eine bundesweite Konferenz am 31. Januar zur Organisation von Widerstand gegen die Folgen der Krise. Die LINKE Hessen sieht es als Schwerpunkt, den gemeinsamen Protest, an deren Beginn eine Großdemonstration im Frühjahr stehen könnte, zu organisieren. Die LINKE Hessen setzt sich mit den Gewerkschaften in Verbindung und macht sich auf allen Ebenen für deren aktive Beteiligung durch Aufruf und Mobilisierung stark.

V.i.S.d.P.: Leonie Blume, Metzelsteinstr. 21, 34125 Kassel